

Vorlage Nr.: 2024/0027

Verantwortlich: **Dez. 3**
Dienststelle: **Bfl**

Karlsruher Integrationsplan – Integrationspolitische Schwerpunkte 2024 und 2025

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Integrationsausschuss	28.02.2024	1	ö	Vorberatung
Gemeinderat	19.03.2024	6	ö	Entscheidung

Kurzfassung

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Integrationsausschuss den integrationspolitischen Schwerpunkten 2024 und 2025 des Integrationsplans zu.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Korridor-thema: Soziale Stadt	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Erläuterungen

Karlsruhe ist von Beginn an durch Vielfalt geprägt. Als moderne Einwanderungsstadt wird Integrationspolitik seit 2008 mit der Verabschiedung der Karlsruher Leitlinien für Integration als zentrales Handlungsfeld der Karlsruher Kommunalpolitik begriffen.

Integration ist ein dynamischer, fortlaufender individueller und gesellschaftlicher Prozess. Auch die Karlsruher Integrationspolitik entwickelt sich kontinuierlich weiter. So wurde 2012 der Integrationsplan im Gemeinderat verabschiedet und 2018 mit der ersten Fortschreibung bedarfsorientiert fortentwickelt. Diese Fortschreibung bildet die Grundlage für ein planmäßiges Vorgehen, in das sowohl Politik und Verwaltung, Facheinrichtungen und Dienstleistende, die Wirtschaft wie auch Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund aktiv eingebunden sind. Zentrales Steuerungsgremium ist der Integrationsausschuss mit seinem Arbeitskreis Integrationsausschuss.

Die letzten beiden Jahre waren durch eine besonders hohe Dynamik im Bereich Migration und Integration geprägt, ausgelöst durch den Großangriff Russlands auf die Ukraine. Durch die veränderte Ausgangslage seit März 2022 ist Karlsruhe zur so genannten Aufnahmestadt für Geflüchtete geworden. Bis Ende 2023 wurden knapp 5.000 ukrainische Geflüchtete in Karlsruhe registriert, wovon derzeit rund 1.600 in einer städtischen Unterbringung leben.

Aktuell haben ca. 39 Prozent der Karlsruher Bevölkerung einen so genannten Migrationshintergrund. Bei der Verteilung nach den Nationalitäten sind die Folgen des Ukrainekrieges deutlich erkennbar. Die Ukraine steht hinter Rumänien und der Türkei auf Rang drei der Herkunftsstaaten der Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Karlsruhe.

Aufgrund dieser Entwicklung bedarf es einer neuen – transparenten und verbindlichen - Schwerpunktsetzung, um die kommunalen Aufgaben bedarfsorientiert anzugehen. Beweggrund für die Erarbeitung der konkreten integrationspolitischen Schwerpunkte für 2024 und 2025 ist auch, die vorhandenen kommunalen finanziellen und personellen Ressourcen angemessen einzusetzen. Es ist deshalb geboten nach der Beschließung im Gemeinderat zügig in die Umsetzung zu kommen, damit die integrationspolitischen Aufgaben 2024 wirksam bearbeitet werden können.

Die bestehenden Handlungsfelder und Maßnahmen sollen dennoch nicht aus dem Blick verloren werden. So gilt als Leitfaden der Karlsruher Integrationspolitik weiterhin der im Jahre 2018 beschlossene Integrationsplan, der die Integrationspolitik der Stadt anhand von mehreren Handlungsfeldern aufzeichnet. Die Handlungsfelder sind „Sprache und Bildung“, „Wirtschaftliche Integration – Übergang Schule-Beruf und Erwerbsleben“, „Interkulturelle Begegnung und Interreligiöser Dialog“, „Interkulturelle Öffnung, Gesundheit, Sport und Älter werden“, „Wohnen“ sowie „Rechtliche Integration“.

Grundsätzlich wird in den kommenden zwei Jahren ein Fokus auf den kommunalen Angebotsstrukturen liegen. Das Ziel ist es, strukturelle Barrieren innerhalb der städtischen Angebote und Dienstleistungen zu identifizieren und abzubauen, damit die Willkommens- und Anerkennungsstruktur in unserer Stadt nachhaltig etabliert wird.

Mit Blick auf die neue Situation als aufnehmende Kommune wurden zunächst die proaktive Zivilgesellschaft unterstützt und die bestehenden Strukturen an die neue Situation angepasst, damit geflüchtete Menschen schnell und unbürokratisch Hilfsangebote und Beratungsstellen finden und so die Erstintegration gelingen kann. Wesentlich für die Nachhaltigkeit wird nun der Auf- und Ausbau des Integrationsmanagements sein. Dieses besteht in Karlsruhe im Vergleich zu anderen aufnehmenden Kommunen nur in geringem Umfang. Weitere Schwerpunkte sind die „Wohnraumversorgung bzw. Unterbringung“, „Sprache und Bildung“, „Arbeitsmarktintegration“ sowie das Handlungsfeld „Antidiskriminierung und interreligiöser Dialog“.

Der Arbeitskreis Integrationsausschuss wird die Umsetzung des Integrationsplans sowie der vorliegenden Arbeitsschwerpunkte begleiten und evaluieren.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Integrationsausschuss den integrationspolitischen Schwerpunkten 2024 und 2025 des Integrationsplans zu.

Anlage: Karlsruher Integrationsplan –Integrationspolitische Schwerpunkte für 2024 und 2025